

Aktion von Antragstellern auf ständige Ausreise

[ohne Datum]

Information Nr. 122/89 über eine provokatorisch-demonstrative Aktion von Antragstellern auf ständige Ausreise in Leipzig

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 3748, Bl. 1–2 (1. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Honecker, Herrmann, Krenz, Mittag – MfS: Mittag, Neiber, Leiter HA II, Leiter HA VII, Leiter HA IX, Leiter HA XVIII, Leiter HA XX, Leiter ZKG, Leiter BV Leipzig, Carlsohn, Tannhäuser (ZAIG/1), Ablage.

Datum

Datierung durch Bearbeiter: 14.3.1989 (nach ZAIG-Postausgangsbuch, BStU, MfS, ZAIG 8529, Bl. 161).

Vermerk

Über dem Dokumentenkopf maschinenschriftlich: »Information erhalten auch die Gen. Herrmann, Krenz und Mittag«. Im Dokumentenkopf Paraphe Erich Honeckers mit Datum 14.3.1989 (Bl. 1). Am Ende des Dokuments Unterschrift: »Mielke«.

Bemerkungen

Dokument auch in: Mitter, Armin; Wolle, Stefan (Hg.): »Ich liebe euch doch alle!«. Befehle und Lageberichte des MfS Januar–November 1989. Berlin 1990, S. 28.

Nach Abschluss des montäglichen Friedensgebetes in der Nikolaikirche in Leipzig ¹ am 13. März 1989 (Teilnehmer ca. 650 Personen, darunter ein erheblicher Teil von Antragstellern auf ständige Ausreise² sowie Messegäste;³ das »Friedensgebet« trug religiösen Charakter) rotteten sich ca. 300 Personen, mehrheitlich Antragsteller auf ständige Ausreise, vereinzelt mit Kleinkindern, auf dem Vorplatz der Nikolaikirche zusammen in der Absicht, sich zu einem geschlossenen Marsch in Richtung Thomaskirche (Stadtzentrum) zu formieren. Durch den konzentrierten Einsatz von ca. 850 Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane sowie gesellschaftlicher Kräfte auf der Grundlage einer mit der Bezirksleitung der SED abgestimmten Einsatzkonzeption wurde diese provokatorische Aktion unterbunden. Die Personenkonzentration konnte, nachdem sie ca. 300 Meter zurückgelegt hatte, gegen 18.30 Uhr, auf dem Markt zur Auflösung gebracht werden.

Als Reaktion auf die Maßnahmen der Schutz- und Sicherheitsorgane kam es seitens der Teilnehmer wiederholt zu solchen verleumderischen Rufen wie »Stasi raus«, »Stasischweine« sowie »Freiheit – Menschenrechte«. Es wurde ein Plakat mit der Aufschrift »Reisefreiheit statt Behördenwillkür« festgestellt. Der Träger dieses Plakates wurde zugeführt und nach erfolgter Befragung und Belehrung zunächst wieder entlassen.

Bisherigen Feststellungen des MfS zufolge befanden sich am Ereignisort 16 zur Frühjahrsmesse in Leipzig akkreditierte westliche Korrespondenten, darunter ARD und ZDF mit Kamerateam, Vertreter von dpa, AP und AFP. Sie hatten zuvor teilweise die an ihrer Kleidung befestigten Presseausweise entfernt. Durch ihr Auftreten und Verhalten inspirierten sie maßgeblich die Teilnehmer an dieser Zusammenrottung zu den gegen die Schutz- und Sicherheitsorgane gerichteten Äußerungen. Westliche elektronische Massenmedien berichteten über diese Provokation bereits in den Abendstunden des 13. März 1989 in Wort und Bild.

Die Maßnahmen zur Aufklärung der Initiatoren und Hintermänner dieser Zusammenrottung sowie zur Identifizierung der Teilnehmer werden zielstrebig fortgesetzt.

Während der Messe werden keine Maßnahmen getroffen, die zu einer verleumderischen Kampagne führen könnten.

Seit 1982 luden Mitglieder der »Arbeitsgruppe Friedensdienste« wöchentlich zu Friedensgebeten in der Leipziger Nikolaikirche ein. Unter der Überschrift »Schwerter zu Pflugscharen« befassten sich die Andachten mit der zunehmenden Militarisierung des Bildungswesens und der neuen Hochrüstung zwischen Ost und West. Als 1987 Pfarrer Christoph Wonneberger die Koordinierung der Friedensgebete übernahm und bewusst Umwelt-, Friedens- und Menschenrechtsgruppen einbezog, erhielten die Veranstaltungen größeren Zulauf. Die Basisgruppen sprachen die gesellschaftlichen Missstände immer offener an. Der Staat setzte daraufhin die Kirchenleitungen soweit unter Druck, dass sie den Basisgruppen ab August 1988 das Recht auf eine eigenständige Gestaltung der Gebete entzogen. Der Schritt löste heftige Proteste aus und führte im April 1989 unter Vermittlung von Pfarrer Christian Führer zu einer erneuten Einbindung der Gruppen nach einem geordneten Verfahren. In der Folgezeit nutzten kritische Bürger und Ausreiseantragsteller die Gebete, um Kontakte zu knüpfen, Unterstützung zu suchen und Forderungen zu artikulieren. Sie nahmen immer stärker den Charakter von Großveranstaltungen an, aus denen ab September 1989 wöchentliche Großdemonstrationen hervorgingen. Vgl. Hollitzer, Tobias: Montagsgebete. In: Veen, Hans-Joachim (Hg.): Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur. München 2000, S. 261–263.

2

Ein Antrag auf ständige Ausreise war ein Auswanderungsersuchen. Trotz Verpflichtung auf die Anerkennung der Grundfreiheiten im Rahmen der KSZE und der UNO-Mitgliedschaft hatte die DDR bis 1988 keine rechtliche Grundlage für eine ständige Ausreise geschaffen. Anträge galten daher mit Ausnahme von »Familienzusammenführungen« oder aus anderen »humanitären Gründen« als »rechtswidrige Ersuchen«. Dennoch nahm die Zahl der Antragsteller stetig zu, im Sommer 1989 waren es über 160 000. Die Regierung ging teilweise mit repressiven Maßnahmen gegen die Antragsteller vor. Als Folge begannen sich in den 1980er Jahren Antragsteller unter dem Dach der Kirche zu organisieren. Mit öffentlichen Protesten und Besetzungen von Kirchen und Botschaften versuchten sie, eine beschleunigte Bearbeitung ihrer Anträge zu erreichen.

3

Gemeint sind Besucher der »Leipziger Frühjahrsmesse« vom 12. bis 18.3.1989.